

# Editorial: Politische Theorie(n) der politischen Kultur

*Paula Diehl, Samuel Salzborn\**

Die politische Kulturforschung erlebt gegenwärtig eine Renaissance. Während im deutschsprachigen Raum die Erforschung von politischer Kultur in den letzten Jahren oft auf die Messung einer rein quantitativ-statistischen (Einstellungs-)dimension beschränkt blieb, entwickelt sich der politische Kulturbegriff im englischen Sprachraum seit einiger Zeit (wieder) zu einem der wesentlichen Instrumente, mit dessen Hilfe politische Konflikte und die Frage nach der Akzeptanz oder Ablehnung bestehender politischer Ordnungen analysiert werden. Dabei rückt die subjektive Dimension des Politischen, die Frage der Vermittlung zwischen Individuum und Struktur, wieder in den Mittelpunkt der Forschung. Bei dieser Frage geht es zwar auch – wie in der quantitativen Einstellungsforschung – um die Ermittlung von Zustimmungen und Ablehnungen von politischen Konzepten, aber viel mehr noch wird versucht, mit dem Konzept der politischen Kultur systematisch einen Raum zu erschließen, in dem das gesamte Interaktionsfeld des Politischen untersucht werden kann – einschließlich seiner theoretischen, historischen und dynamischen Dimensionen.

In den letzten zehn Jahren fokussiert die politische Kulturforschung insofern international wieder stärker auf einen qualitativ entwickelten und theoretisch expliziten Begriff von politischer Kultur, der diese als analytische Kategorie für politische Konflikte entlang weltanschaulicher, ethnischer und religiöser Fragen konzeptionell nutzbar machen will (Ansätze unter anderem von Bennich-Björkman 2007; Carr 2007; Henderson 2007; Woshinsky 2008). Im deutschen Sprachraum liegt die Dominanz der politischen Kulturforschung zwar nach wie vor im quantitativ-empirischen Bereich. Allerdings hat auch hier Schuppert (2008) kürzlich eine konzeptionelle Wende eingefordert, bei der sich der Blick der politischen Kulturforschung wieder stärker von der Einstellungs- auf die Vorstellungsebene und damit die politisch-kulturelle Analyse von Weltanschauungen verlagern sollte. Damit soll – in den Worten Schupperts – das politische Kulturkonzept von „seinem subjektiven Kopf und den darin enthaltenen Meinungen und Einstellungen auf seine strukturellen und institutionellen Füße“ (Schuppert 2008: 15) gestellt werden. Zur Erneue-

---

\* Dr. Paula Diehl, Humboldt-Universität zu Berlin  
Kontakt: paulaDiehl@gmx.com  
Prof. Dr. Samuel Salzborn, Georg-August-Universität Göttingen  
Kontakt: samuel.salzborn@sowi.uni-goettingen.de

erung der politischen Kulturforschung tragen darüber hinaus die Impulse aus den Cultural Studies in Großbritannien und den USA (Hall 2007; Fiske 1989), aus den Post-Colonial Studies (Bhabha 1997) sowie aus den deutschen Kulturwissenschaften (Schwelling 2004) bei. Mit der Berücksichtigung der Cultural Studies konnten neue Forschungsfelder erschlossen werden. Dazu gehören die Untersuchung politischer Einstellungen, Präferenzen und Vorstellungen über die Politik, die durch die massenmediale und populäre Kultur vermittelt werden (Dörner 2001). Bereits 2004 schlug Birgit Schwelling einen neuen Blick auf die politische Kultur vor und erweiterte damit den Untersuchungsgegenstand durch die Aufmerksamkeit auf politische Prozesse innerhalb der kulturellen Produktion.

Die vorliegende Ausgabe geht davon aus, dass für die Wiederbelebung der deutschen politischen Kulturforschung zwei zentrale Anliegen zu betonen sind: erstens die Rückkopplung an das politiktheoretische Fundament, das die Kriterien für die Analyse und Beurteilung politisch-kultureller Phänomene liefern kann, und zweitens die Verknüpfung mit der politischen Ideengeschichte, die den Kontext der Entstehung und Veränderung kultureller Praxen erschließen lässt. Die hier gesammelten Aufsätze geben unterschiedliche Antworten auf die Fragen nach dem Kulturbegriff und nach der Eingrenzung von politischer Kultur. Dabei entwickeln sie unterschiedliche theoretische Zugänge, die zur Aktualisierung der politischen Kulturforschung besonders produktiv sind. In diesem Schwerpunktheft der *Zeitschrift für Politische Theorie* wird der Versuch unternommen, den politischen Kulturbegriff einerseits historisch-theoretisch zu rekonstruieren und vor dem Hintergrund der internationalen Debatten mögliche theoretische Konzeptionen von politischer Kultur zu diskutieren, andererseits aber auch Kontextualisierungsfelder aufzuzeigen, die in der bisherigen politischen Kulturforschung theoretisch unzureichend reflektiert sind.

Sophia Schubert und Holger Zapf greifen in ihrem Beitrag *Komplementäre Perspektiven? Was politische Kulturforschung und transkulturelle Politische Theorie voneinander lernen können* den diskursiven Strang zwischen eher empirisch-quantitativer und eher konzeptionell-theoretischer politischer Kulturforschung auf. Sie zielen auf eine integrative Vermittlung und richten ihr Hauptaugenmerk einerseits auf den Kulturbegriff selbst, andererseits auf das Moment der wechselseitigen Bezogenheit von empirischer und theoretischer politischer Kulturforschung. Zentral ist Schubert/Zapf dabei, dass beide Varianten politischer Kulturforschung den Kontext politischen Denkens in seiner kulturspezifischen Manifestation über Werte, Normen und so weiter analysieren. Ungeachtet der Differenzen – etwa hinsichtlich der Operationalisierung des Kulturbegriffs oder methodologischer Selbstlegitimierungen – findet eine wechselseitige Befruchtung statt, die über das Verständnis von politischer Kultur vermittelt wird und Anschluss für konzeptionelle Weiterentwicklung bietet.

Eine solche Interdependenz ist nicht nur zwischen theoretischer und empirischer politischer Kulturforschung attestierbar, sondern vielmehr auch in anderen Feldern kultureller Imprägnierung des Politischen. Jan Christoph Suntrup weist vor diesem Hintergrund nachhaltig auf den systematischen Mangel rechtstheoretischer Reflexionen innerhalb der politischen Kulturforschung hin. Er argumentiert in seinem Beitrag *Recht als Kultur – Ein blinder Fleck der politischen Kulturforschung*, dass trotz der zum Teil in jüngerer Zeit erst wieder verstärkten Aufmerksamkeit der Politikwissenschaft für rechtstheoretische und rechtspolitologische Fragen eine politisch-kulturelle Analyse des Rechts weitgehend vernachlässigt wurde. Dies scheint auch vor dem Hintergrund der Weimarer Staatsrechtsdebatte verwunderlich, sodass auch Suntrup argumentiert, dass gerade im Recht und sei-

ner Systematik zentrale Vorstellungen von Werten, aber auch konzeptionelle Fokussierungen mit Blick auf rechtlich kodifizierte Ordnungsvorstellungen einer Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Sein Vorschlag für einen kulturwissenschaftlich informierten Rechtsbegriff zielt insofern auch darauf, gleichermaßen kulturell differente Vorstellungen von Recht zu reflektieren und, hier noch stärker aus der Perspektive einer transnational vergleichenden politischen Kulturforschung argumentiert, politische und gesellschaftliche Konflikte auch als Kampf um konkurrierende Rechtskulturen zu begreifen.

Christoph Raiser stellt in seinem Beitrag *Performativität als Grundlage politischer Handlung – Ein kultursoziologischer Einwurf zur Debatte um politische Kultur* die Grundintention des klassischen, vor allem quantitativen politischen Kulturbegriffs in Frage. Er schlägt – durchaus in Anlehnung an die jüngeren internationalen Debatten – ein Verständnis von politischer Kultur vor, das über den Performance-Begriff als konzeptioneller Rahmen für politisches und soziales Handeln erweitert wird. Die handlungstheoretische Genealogisierung des politischen Kulturbegriffs fokussiert damit auf den prozessualen Kern von politischer Kultur und ihre Relationalität. Damit schließt Raiser an das Argument der integrativen Verbindung von Kultur und Recht von Suntrup an, erweitert dieses aber gerade mit Blick auf die Interaktionsperspektive. Zentral für Raiser ist dabei vor allem das narrative Moment, in dem politische Kultur als politisches Handeln im Sinne der Aufspannung eines Feldes von Entwicklungs- und Alternativoptionen denkbar wird.

In seinem Beitrag *Politische Kultur als das Andere der kommunikativen Vernunft – Stellenwert und Konzept ‚politischer Kultur‘ in Jürgen Habermas‘ Theorie der deliberativen Demokratie* zeigt Wilhelm Hofmann, dass die konzeptionelle Bedeutung des (politischen) Kulturbegriffs bei Habermas zunächst als marginalisiert beschrieben werden kann, da sein kommunikatives Grundkonzept von der grundsätzlichen Annahme der defizitären Verständigungsmodi ausgeht, sie aber zugleich zentral mit Blick auf ihre Sinnreproduktion anzusehen sind. Hofmann betont, dass für Habermas ethische Schlüsselfragen philosophisch nicht entscheidbar seien und gerade deshalb dem kommunikativen Prozess anvertraut werden müssten, soll eine hinreichende (moralische) Geltung erzielt werden. Dies führt allerdings zu dem Problem, dass sich im regionalen und internationalen Kontext kulturelle Disparitäten und nachhaltige (Marginalisierungs-)differenzen auf philosophischer Ebene nicht ohne Weiteres lösen lassen. Insofern wird die Idee der Deliberation kulturell, quasi von außen, unter Druck gesetzt. Die Hinwendung von Habermas zu religiösen Phänomenen als möglichen Regulierungsinstanzen führt Hofmann dann zu der These einer grundsätzlichen Ambivalenz der Konzeption von (politischer) Kultur im Werk von Jürgen Habermas.

Diese am Beispiel von Habermas entwickelte kulturpolitische Ambivalenz führt zu der Frage, die Maja Bächler in ihrem Beitrag *Das ‚Beyond‘ politischer Kulturforschung: Zwischen Heterogenisierung und Kohäsion* diskutiert: das Problem einer begrifflichen Fixierung auf nationales und kulturelles Vokabular, wie es ja nicht zuletzt auch bereits im Terminus der politischen Kultur zum Ausdruck kommt. Bächler kritisiert diese kulturpolitische Verengung des politischen Kulturverständnisses und argumentiert für eine begriffliche Rejustierung, ausgehend von einer Bedingtheit von Staat und Kultur im Begriff der politischen Kulturforschung, indem sie beide voneinander trennt. Dabei geht es um das Dazwischenliegende und das Darüberhinausgehende: die Instabilität und Labilität von Kultur. Gerade mit Blick auf den faktisch hybriden Charakter der Kultur wird eine heterogene Subjektkonstituierung erforderlich, die im Spannungsfeld von Kollektivierung und Gemeinschaftsbildung wiederum selbst auf das handlungsermöglichende Moment von politischer Kultur verweist.

---

## Literatur

- Bennich-Björkman, Li, 2007: *Political Culture under Institutional Pressure. How Institutional Change Transforms Early Socialization*, New York.
- Bhabha, Homi K., 1997: *Verortungen der Kultur*. In: Elisabeth Bronfen / Benjamin Marius / Therese Steffen (Hg.), *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*. Stauffenberg Discussion Bd. 4, Tübingen, 123–148.
- Carr, Craig L., 2007: *Polity. Political Culture and the Nature of Politics*, Lanham.
- Dörner, Andreas, 2001: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Fiske, John, 1989: *Understanding Popular Culture*, London / Sydney.
- Hall, Stuart, 2007: *Endcoding/Decoding*. In: Ders. (Hg.), *Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies*, London / Melbourne, 128–138.
- Henderson, Ailsa, 2007: *Hierarchies of Belonging. National Identity and Political Culture in Scotland and Quebec*, Montreal.
- Schuppert, Gunnar F., 2008: *Politische Kultur*, Baden-Baden.
- Schwelling, Birgit, 2004 (Hg.): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden.
- Woshinsky, Oliver H., 2008: *Explaining Politics. Culture, Institutions, and Political Behavior*, New York / London.